

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Max Hildebrandt  
Redaktions-Telefon: 22 241  
Kassier: Max Hildebrandt  
Druckerei: Max Hildebrandt

Bezugspreis: Bei Abnahme von 100 Exemplaren monatlich 2,50 RM. (einschließlich 10 % U. V. Steuer).  
Einzelheft 10 Pf. (einschließlich 10 % U. V. Steuer).  
Abnahme von 100 Exemplaren monatlich 2,50 RM. (einschließlich 10 % U. V. Steuer).  
Einzelheft 10 Pf. (einschließlich 10 % U. V. Steuer).

Druck: Max Hildebrandt & Co.  
Verlag: Max Hildebrandt & Co.  
Vertrieb: Max Hildebrandt & Co.

## Neue Unterredung Hitler - Papen

### Anverminderter Gegensatz zu Schleicher

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Jan. Die im Verlaufe des Mittwochs zwischen der Reichsregierung und der Führung der NSDAP. gepflogenen Unterredungen haben keine Annäherung gebracht. Das es unter diesen Umständen noch zu einer direkten Aussprache zwischen dem Reichsführer und Adolf Hitler kommt, hält man in politischen Kreisen für nicht sehr wahrscheinlich, doch ist es noch nicht vollkommen ausgeschlossen. Es wäre immerhin denkbar, daß der Reichsführer dem Führer der NSDAP., der bis zum Sonnabend in Berlin bleiben wird, in einem offiziellen Schreiben die Bitte übermitteln, sich ihm zur Besprechung der politischen Lage zur Verfügung zu stellen.

#### Adolf Hitler hatte Unterredungen mit dem früheren Reichsführer von Papen und dem Grafen von Helldorf.

In der Regierung nachstehenden Kreisen wird nur die letzte der Besprechungen als im direkten Auftrag des Reichsführers geführt bezeichnet. Herr von Papen habe aus eigener Initiative den nationalsozialistischen Führer aufgesucht. Beiden Unterredungen ist jedoch gemein, daß sie für den Reichsführer nur eine negative Ergebnis brachten. Sowohl Herr von Helldorf als auch Herr von Papen vermochten dem Reichsführer lediglich mitzuteilen, daß Hitler nicht gewillt sei, seine Stellungnahme dem Kabinett gegenüber zu ändern.

Größere Bedeutung wird in politischen Kreisen der Unterhaltung beimessen, die Hitler ebenfalls im Verlaufe des Mittwochs auf einem vom Reichsführer des Preussischen Landtags veranstalteten Empfang mit dem westdeutschen Industriellen Dr. Fritz Tullien hatte. Die Darlegungen Dr. Tulliens über die Einstellung der Schwerindustrie zur Regierung, bei der man eine wirkliche Arbeitsbeschäftigung und die realen Faktoren in Betracht ziehend und somit die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfende Wirtschaftspolitik vermittelte, hätten, wie über diese Unterhaltung verlautet, die oppositionelle Haltung Hitlers noch verstärkt. Trotzdem so die Dinge sich in einer für das Kabinett wenig günstigen Weise fortentwickelt haben,

muß man die Erklärungen offizieller Stellen, daß nun der Konflikt eben nicht mehr zu vermeiden sei, doch mit Vorsicht aufnehmen.

Zweifellos hat die Regierung das Bestreben, sich vom Parlament nicht fürzen und in die Halbschritt des bloß die Geschäfte führenden Kabinetts drängen zu lassen; daß sie aber, um ein aktiv regierendes Kabinett zu bleiben, unverzüglich zur Reichstagsauflösung schreiten müsse, wenn das Plenum des Reichstags die Regierung verstoße. Mittrauensvoten anzunehmen, ließe sich, wie man in politischen Kreisen meint, ja noch immer dadurch verhindern, daß man eben den Reichstag weiter vertage. Nach wie vor ist man der Hoffnung, daß die Austragung der friedlich wohl kaum zu überbrückenden Gegensätze zwischen der NSDAP. und der Regierung von Schleicher bis in das Frühjahr verschoben werden könnte. Die Gerüchte, daß schon an eine Vertagung der Sitzung des Reichstages gedacht sei, sind nicht zutreffend. Außerdem würde dadurch nur ein so kurzer Aufschub erreicht, daß sie praktisch keine größere Bedeutung gewinnen könnte. Im übrigen ist auch heute noch vollkommen ungeklärt, welchen Verlauf die Dinge nehmen werden. Sicher ist damit zu rechnen, daß man vor der entscheidenden Sitzung des Reichstages am Freitag von Seiten der Regierung alles versuchen wird, um wenigstens die Vertagung, in der man dann eine Fortsetzung erhoffen würde, zu erreichen. An amtlichen Stellen wird ausdrücklich ferngehalten,

#### daß der Reichsführer die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages noch nicht besitzt.

Man sagt allerdings hinzu, daß er sie vom Reichspräsidenten erhalten würde, wenn er sie anfordere. Aber auch in Regierungskreisen läßt man sich keinem Zweifel darüber hin, daß eine Neuwahl keine Erleichterung bringen würde. Unter diesen Umständen spricht man in zunehmendem Maße von der Möglichkeit, nach einer Vertagung des Reichstages in Verhandlungen über eine Neubildung des Kabinetts einzutreten. Man glaubt in diesem Zusammenhang annehmen zu sollen, daß die heutige Unterredung zwischen Hitler und Papen dazu beitragen könnte, gewisse Widerstände, die sich an höchster Stelle des Reiches gegen die Einberufung der NSDAP. in die Regierung zeigen, zu vermindern. Bis jetzt liegen allerdings noch keinerlei Nachrichten aus dem Reichspräsidentenpalais vor, aus denen man weiteres entnehmen könnte.

### Wirtschaftliche Gleichberechtigung

Die letzten veröffentlichten Uebersicht über den deutschen Außenhandel im Jahre 1932 ergibt einen Ueberschuss der Ausfuhr über die Einfuhr in Höhe von 1078 Millionen Mark gegenüber einem Ausfuhrüberschuss von 2872 Millionen Mark im Jahre 1931. Wir sehen also die Tendenz der Entwicklung ganz klar. Infolge der Einfuhrbeschränkungen des Auslandes, der Kontingentierung der Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse und nicht zuletzt der Abkehr wichtiger Länder vom Goldstandard, die es Deutschland erschwerte, konkurrenzfähig zu bleiben, ist der Umfang unseres Außenhandels stark geschrumpft und infolgedessen auch der Ausfuhrüberschuss auf 30 Prozent seines vorjährigen Umlanges zurückgegangen. Diese Zahlen sind von außerordentlicher Bedeutung für unsere Wirtschaft. Bekanntlich hat Deutschland gegenwärtig noch eine Gesamtschuldenlast von rund 22 Milliarden an das Ausland zu tragen. Daraus erwächst uns allein im Jahre 1933 eine Zinsverpflichtung von 1700 Millionen Mark. Nun ist mittlerweile hinreichend bekanntgeworden, daß Deutschland seinen Zinsverpflichtungen nicht in deutschem Geld nachkommen kann, weil der ausländische Gläubiger die Reichsbanknoten sofort unserem Zentralnotenamt zur Einlösung in Gold vorlegen würde. Die Reichsbank hat jedoch gegenwärtig nur einen Gold- und Devisenvorrat von 920 Millionen Mark. Also die gute Hälfte dessen, was wir im Jahre 1933 an Zinsverpflichtungen an das Ausland zu leisten haben. Daraus geht zur Genüge hervor, daß wir unsere Zinsverpflichtungen an das Ausland nicht in Gold abdecken können, weil wir sonst in kürzester Frist unseren ganzen Goldvorrat aufbrauchen würden. Schon jetzt ist die Golddeckung so knapp, daß uns das Festhalten an der Goldwährung nur durch besondere Maßnahmen möglich ist, die darauf hinauslaufen, das Angebot an deutschem Geld im Ausland künstlich knapp zu halten. Dazu gehören die Beschränkungen bei der Abnahme von deutschem Geld bei Auslandsreisen, die Begrenzung der Devisenzuteilungen für die deutschen Importfirmen und das Stillhalteabkommen mit unseren Gläubigern, das die Rückzahlung von kurzfristigen Schulden nur in Teilbeträgen zuläßt. Pediglich all diesen Maßnahmen ist es zu danken, daß die deutsche Währung auch an den Börsen des Auslandes ihre volle Goldparität behält und damit dazu beiträgt, das Vertrauen des Auslandes in die Zuverlässigkeit der deutschen Wirtschaft wesentlich zu steigern.

Wir können also in absehbarer Zeit unseren Zinsverpflichtungen nur nachkommen, wenn wir sie in Waren bezahlen können, das heißt, wenn es uns gelingt, einen Ausfuhrüberschuss mindestens in der Höhe unserer Zinsverpflichtungen zu erzielen, oder wenn unsere Zinsleistungen auf ein Maß herabgesetzt werden, das unserem Ausfuhrüberschuss entspricht. Da kaum zu hoffen ist, daß die rückläufige Tendenz unseres Ausfuhrüberschusses angesichts der wachsenden Handelshemmnisse des Auslandes in kürzerer Nähe aufgehoben werden kann, gibt es nur einen Weg, die Zinszahlungen an den Ausfuhrüberschuss anzupassen. Es ist jedenfalls auf die Dauer unmöglich, bei einem Ausfuhrüberschuss von einer Milliarde für 1,7 Milliarden Zinsen und daneben noch nennenswerte Kapitalrückzahlungen zu leisten. Man darf sich darüber keine Täuschung hingeben, obwohl es uns im letzten Jahre trotz des gestunkenen Ausfuhrüberschusses gelungen war, bedeutend höhere Zinsverpflichtungen zu erfüllen. Denn die Möglichkeit dazu ergab sich aus einmaligen Deviseneinnahmen, die aus dem Rückfluß deutscher Auslandskapitalien stammten. Eine recht betrübliche Erscheinung, denn wir haben die Höhe unseres Auslandsvermögens zur Tilgung von Zinsschulden verliert. Auch vom Standpunkt der Aufrechterhaltung unseres Außenhandels ist diese Vermögensverlängerung keineswegs unbedenklich. Was aber soll geschehen, wenn auch diese Reserven endgültig aufgezehrt sind? Es bleibt dann gar nichts weiter übrig, als endlich einmal die Frage der Höhe der Schuldzinsen anzuschneiden. Sie liegen immer noch über dem Doppelten des gegenwärtigen Anleihezinssfußes unserer Wirt-schaft. Es gibt keine moralische Handhabe mehr, uns Zinsen in dieser Höhe abzapfen, wenn man uns nicht zeitig die einzal mögliche Verzinsung in Waren immer mehr unmöglich macht.

Wir selbst verneinen allem leicht, welche gewaltigen Anstrengungen wir gemacht haben um unseren Schuldverpflichtungen, die doch letzten Endes die Folgen der Tribute sind, nachzukommen. Die Deckelung der deutschen Wirtschaftskraft ist schließlich darauf zurückzuführen, daß wir außer den Zinsen in den Jahren 1931 und 1932 acht Milliarden Schulden zur Rückzahlung haben. Das war nur möglich durch eine harte Einschränkung des deutschen Kreditverkehrs. Die Folge waren Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hat diese Wirkungen der Schuldentilgung dieser Tage im Haushaltsanschau des Reichstages sehr klar dargelegt.

## Aussprache über die Agrarpolitik

Berlin, 18. Januar. Nach der von uns bereits im Abendblatt veröffentlichten Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold nahm der Haushaltsausschuß zur Diskussion einen Zentrumsantrag an, der die Reichsregierung ersucht, unter anderem Auskunft darüber zu geben, wie viele im Sicherungsverfahren befindliche Betriebe bisher umgeschuldet sind.  
Hr. Dr. Schreiber (Z.) weist darauf hin, daß die Einflüsse Deutschlands auf die Weltwirtschaftsforumen nur so nachvollziehbar sein werde, wenn die innere Linie der deutschen Wirtschaftspolitik fest und ausdauernd herausgearbeitet wird. Sowohl die Landwirtschaft wie die Industrie haben ein Interesse daran.

#### Die Hilfe ist eine große nationale Aufgabe.

Wir brauchen auf Jahre hinaus einen gesteigerten Schutz der Ökonomie, aber die dort eingelegte Dille muß in einem schnelleren Tempo und zugleich mit Offenheit und Klarheit erfolgen.  
Hr. v. Engel (Natio.) fragt, welche Senkung der Steuern und Zinsen der Minister in Aussicht stellen könne und wie hoch er das Gesamtdesizit der Landwirtschaft schätze.

Wiesloch betrage der Auslandspreis für Industriewaren nur ein Drittel des Inlandspreises. Das sei kein Export, an dem die deutsche Wirtschaft noch verliere, sondern es sei ein Schlendertext mit Verlust.

Entscheidend sei, daß durch eine rentable und kaufkräftige Landwirtschaft die Industrie in ihrer Produktion anzuregt werde und somit ihrerseits die Arbeitslosen anlaufe. Man könne auf jeden Fall bevorzugte Behandlung der Binnenwirtschaft und der Landwirtschaft die Erwerbslosigkeit besser bekämpfen als durch Förderung der Exportwirtschaft.

Hr. Dr. Cuno (Dn.) bezeichnete es als nicht richtig, daß der Agrarungsbedarf wenig Klärungsfähig sei, denn man müsse bedenken, daß ein arbeitender Mensch ein Vielfaches von dem eines Erwerbslosen verbrauche. Nur die Landwirtschaft sei in der Binnenwirtschaft Abnehmer für die Stadt, und umgekehrt. Eine Umkehrung des Lebensmittelbezuges auf die Heimat sei die Grundvoraussetzung für die Bedienung des Arbeitskräfte.

#### weitere Zinsenkung sei nur durch die Regelung unserer Auslandsschulden möglich.

Vor allem müsse dem Auslande Klarheit erklärt werden, daß wir uns auf irrendweise Kapitalrückzahlungen nicht einlassen könnten. Hilfe müsse nun auch dem kleinen Mittelstand zuteil werden, der ebenfalls unter der Kreditnot leide.  
Hr. Dr. Neubauer (Komm.) erklärt, daß seine Partei

den Kampf gegen die Trusts führe. Der von der Regierung propagierte Zweckoptimismus sei nicht angebracht.

Hr. Dr. Gillerding (Soz.) bezeichnet die Agrarpolitik als ungenügend, da die wesentlichen Maßnahmen, die bisher befohlen, nicht ausgearbeitet worden seien. Vor allem sei die Aufrechterhaltung des Restriktionsrechts ein Mangel.

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold erwidert, über die Agrarpolitikreform, für die das Reichsjustizministerium zuständig sei, seien gerade in diesen Tagen im Reichswirtschaftsrat Verhandlungen im Gange. Der Minister sagt an, das Studium der Auswanderung, die in den nächsten Jahren große Bedeutung habe, im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik anzunehmen. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß wir den größten Teil unseres Nahrungsmittelbedarfes aus dem Ausland decken müssen und als Ziel deshalb eine gesunde und rentable Produktion ansetzen. Meinungsverschiedenheiten beständen nur über die Art, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Er habe nicht als Theoretiker seinen Standpunkt vertreten, sondern sei ausgegangen von den Erfahrungen seiner eigenen landwirtschaftlichen Tätigkeit. Über den bisherigen Erfolg der Zinsenkung erklärt der Minister, daß die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft vor dem Krieg 17,5 Milliarden betrug, der im Jahre 1932 eine Zinslast von 750 Millionen oder 4,3 Prozent gegenüberlag. Jetzt betrage

#### die gesamte Verschuldung etwa 11,4 Milliarden und der Zinsdienst nach dem Stande von Ende 1932 600 bis 620 Millionen.

so daß der Durchschnittssatz für alle Zinsen heute 5,2 Prozent betrage, also 1 Prozent über dem Vorkriegsstand liege. Steuerliche Erleichterungen für die Landwirtschaft seien besonders wichtig, hingegen aber zusammen mit der Reform des Steuersystems überhaupt, die man nicht in der tiefsten Krise und bei leeren Kassen machen könne. Das Entscheidende sei die Preisfrage, von welcher Seite man besonders dem Preis der Veredelungsprodukte beifolgt. Wenn wir uns jetzt der Selbstversorgung nähern, könne man zwar alle Grenzen schließen, der Preis bestimme sich aber nach den landwirtschaftlichen Faktoren. Der Spielraum für eine weitere Einschränkung der Lebensmittelimporte sei sehr klein geworden, da nur noch 8 Prozent unseres Lebensmittelbedarfes gegenwärtig eingeführt würden.

Damit war die wirtschaftspolitische Aussprache beendet. Am Donnerstag beginnt die Aussprache über die Hilfe.

Vertical list of numbers and small text on the left margin, likely a stock or market index.

Vertical list of numbers and small text on the right margin, likely a stock or market index.